

Pflegeskandal: Ermittlungen kurz vor dem Abschluss

Bürgermeister und Heimleiter sollen in Seeg Millionen erschlichen haben

Von Sascha Borowski

Seeg Im Fall des Pflege-Skandals von Seeg könnte bald Anklage gegen den Bürgermeister der Gemeinde und einen zweiten Beschuldigten erhoben werden. Wie die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Betrug und Korruption im Gesundheitswesen (ZKG) am Dienstag mitteilte, sei „mit dem Abschluss der umfangreichen Ermittlungen von Kriminalpolizeiinspektion Kempten und ZKG zeitnah zu rechnen“. Über eine mögliche Anklageerhebung werde dann informiert, hieß es.

Dem Bürgermeister und dem früheren Leiter des Seeger Caritasheims wird – wie mehrfach berichtet – vorgeworfen, sich durch Scheinrechnungen Corona-Hilfen in Millionenhöhe erschlichen zu haben. So sollen sie in den Jahren 2020 bis 2022 von der Pflegekasse unberechtigte Auszahlungen in Höhe von über 1,3 Millionen Euro erhalten haben. Selbst nach der Schließung des stationären Pflegeheims in Seeg seien noch Leistungen abgerechnet worden. Bei einem weiteren, laut Haftbefehl ebenfalls zu Unrecht geltend gemachten Betrag von gut 800.000 Euro sei die Auszahlung gerade noch gestoppt worden, weil der Schwindel aufflog. Beide Männer sitzen seit ihrer Verhaftung im Januar 2023 in U-Haft.

Inzwischen ermittelt die ZKG in dem Fall nicht mehr nur wegen Betrugs, sondern auch wegen des Verdachts der Untreue. Deshalb waren den beiden Beschuldigten vergangene Woche auch neue Haftbefehle eröffnet worden. So besteht jetzt gegen den Seeger Bürgermeister laut ZKG der dringende Tatverdacht, knapp 1,4 Millionen Euro zu Lasten der Caritas-Stiftung-Seeg e. V. veruntreut zu haben. Davon soll er 500.000 Euro auf ein privates Konto transferiert haben, 900.000 Euro sollen an eine „von ihm beherrschte Gesellschaft“ gegangen sein. Für beide Männer gilt die Unschuldsvermutung.